



Erste Ergebnisse des BUND-"Kandidatenchecks" : Große Mehrheit für Beschleunigung der Energiewende, viele FDPler für mehr Bürgerbeteiligung.

Erste Ergebnisse des BUND-"Kandidatenchecks" : Große Mehrheit für Beschleunigung der Energiewende, viele FDPler für mehr Bürgerbeteiligung.

Berlin: In den zurückliegenden zwei Wochen haben sich bereits mehr als 40 Prozent der Kandidaten von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linken zur Bundestagswahl 2013 dem deutschlandweiten "Kandidatencheck" des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gestellt. 580 von gut 1400 der bereits bekannten Kandidaten der derzeit im Bundestag befindlichen Parteien beantworteten die schriftlichen Fragen zu den Themen Energiewende, Massentierhaltung und Bürgerbeteiligung.
Die ersten Ergebnisse: Gut 80 Prozent der bisherigen Teilnehmer der Umfrage befürworten eine Beschleunigung der Energiewende und lehnen Atom- und Kohlestrom sowie Fracking ab. Darunter sind auch 33 Kandidaten von CDU/CSU und FDP. 78 Prozent der bisher Antwortenden lehnen die industrielle Tierhaltung sowie Fleischexporte ab. Für mehr Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten sprechen sich ebenfalls zirka 80 Prozent der Teilnehmenden aus, prozentual gesehen befinden sich darunter auffällig viele Kandidatinnen und Kandidaten der FDP.
Unter den bisherigen Teilnehmern des "BUND-Kandidatenchecks" sind prominente Mandatsbewerber wie der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sowie der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Frank-Walter Steinmeier, die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Claudia Roth und Grünen-Fraktionschefin Bärbel Höhn, die Parteivorsitzende der Linken Katja Kipping und der Linken-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch.
Norbert Franck, beim BUND Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: "Mit dem Online-Kandidatencheck des BUND haben alle Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, sich ohne großen Aufwand über das umweltpolitische Profil der Bewerber für den nächsten Deutschen Bundestag zu informieren. Damit geben wir Umweltthemen den Stellenwert, den sie verdienen, und tragen zu mehr Transparenz in der Politik bei."
In vielen Wahlkreisen befragt der BUND die Bundestagskandidaten auch zu regionalen Umweltthemen. Anhand der eingehenden Antworten können sich Wählerinnen und Wähler in Ahrweiler, Meißen, Rosenheim und in vielen anderen Orten ein genaueres Bild von den umweltpolitischen Positionen ihrer Kandidaten machen.
Hinweis: Im Internet können Wählerinnen und Wähler die Kandidaten ihres Wahlkreises sowie deren Antworten auf die BUND-Fragen unter www.bund.net/kandidatencheck nach Wahlkreis, Wohnort oder Namen suchen.

Weitere Informationen: Dr. Norbert Franck, Tel. 0175-2669785 bzw. Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, BUND-Pressestelle, Tel. 030-275 86-464, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.